

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.
Sitzung vom 01. September 2003



Othmar Kern fordert die Stimmzähler auf exakter auszuzählen. Es sei ärgerlich, wenn Abstimmung wiederholt werden müssten oder man die Zahlen nicht verstehe.

Stadtpräsident Beat Kocher informiert, dass er heute im Beisein der Presse die Initiative „Stadt ohne Parlament“ entgegen genommen habe. Der Stadtrat werde die formelle Prüfung vornehmen und sie anschliessend dem Gemeinderat zustellen.

Der Vorsitzende informiert, dass die von der RPK verlangten Zahlen zu den Auftragsvolumen der Firmen Prokotec und WS Ingenieure AG heute allen Ratsmitgliedern verteilt worden sind. Anschliessend verabschiedet er die beiden scheidenden – heute Abend leider abwesenden – Gemeinderatsmitglieder Rolf Broglie und André Bürgi und dankt für ihr Engagement im Rat.

Anfrage Claudio Schmid betreffend Krankenversicherungsprämien

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 13. August 2003 die Anfrage wie folgt beantwortet:

„Mit der Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes wurden den Gemeinden diverse zusätzliche Aufgaben übertragen. Unter anderem wurden sie beauftragt, Verlustscheine aus Krankenversicherungsprämien bei den Krankenkassen einzulösen und diese Ende Jahr mit der Sozialversicherungsanstalt (SVA) abzurechnen. Der Gemeindepräsidentenverband hat sich anfänglich gegen diese Aufgaben gewehrt, dies jedoch ohne Erfolg. Die Gemeinden können sich diesen Zusatzaufgaben nicht entziehen und müssen die nötigen Strukturen zur Verfügung stellen sowie die damit verbundenen Personalkosten tragen.

In Sinne von oben genanntem Auftrag beantworten wir die Fragen gerne wie folgt:

Zur Frage 1

Das Sozialamt Bülach hat detailliert Kenntnis, um welche Personen es sich jeweils handelt.

Zur Frage 2

Aufgrund der Entwicklung ist davon auszugehen, dass immer mehr Leute die Grundprämien der Krankenkassen nicht mehr bezahlen können.

Zur Frage 3

Die Personen werden nicht zu einem Orientierungsgespräch vorgeladen.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.
Sitzung vom 01. September 2003



Zur Frage 4

Es werden nur Verlustscheine von Personen übernommen, die sich während der fraglichen Zeit in Bülach aufgehalten haben. Die SVA hat Vorschriften erlassen, wie die Verlustscheine zu behandeln sind. Es erfolgt eine jährliche Revision durch die SVA. Eine Nichteinlösung oder verzögertes Einlösen der Verlustscheine hat zur Folge, dass die Leistungssperre gegen den Versicherten nicht aufgehoben wird. Erfolgt ein Spitaleintritt, muss der zivilrechtliche Wohnsitz die gesamten Kosten tragen.

Zur Frage 5

Dessen ist man sich in der Stadt Bülach bewusst. Gemäss SVA ist mit der Ausstellung des Verlustscheines jedoch der Beweis erbracht, dass die Person während dieser Zeit nicht über genügend Mittel verfügt hat, um die Krankenkassenprämien zu bezahlen.

Zur Frage 6

Es werden keine Abzahlungspläne mit den Schuldnern erstellt.

Zur Frage 7

In einem ersten Schritt ist es tatsächlich so, dass die Kosten durch die SVA rückerstattet werden. Für die Stadt Bülach entsteht somit kein direkter finanzieller Nachteil. Die Bearbeitung der Fälle in Vertretung der SVA generiert aber (auch ohne Orientierungsgespräche und Abzahlungsvereinbarungen) Personalkosten, die nicht weiterverrechnet werden können. Des weiteren müssten die Verlustscheine, die an die Stadt Bülach abgetreten sind, in den nächsten Jahren (in Vertretung der SVA) betrieben werden. Bei erfolgreicher Betreuung wäre der gelöste Betrag an die SVA zu überweisen. Die Personalkosten für diesen Aufwand würde wiederum die Stadt Bülach tragen. Aus diesen Gründen ist es für die Stadt Bülach leider weder heute und noch viel weniger in Zukunft ein „Nullsummenspiel“. Das vorliegende Beispiel zeigt eindrücklich auf, dass seit längerem immer mehr Aufgaben auf Gemeindeebene delegiert werden. Speziell auch mit den künftigen „Sparübungen“ auf Bundes- und Kantonalebene zeichnet sich eine Verschärfung dieser Tendenz ab. Der Stadtrat Bülach wird sich auch weiterhin explizit gegen solche Zusatzaufgaben wehren.

Zur Frage 8

Primär ist festzuhalten, dass unter den Betroffenen alle Bevölkerungsgruppen aus Bülach zu finden sind. Jugendliche unter 25 Jahren sowie Ausländer dürften zirka einen Drittel der Betroffenen ausmachen. Ein aussergewöhnliche Häufung ist in keinem Bereich feststellbar.“